

Liebe Leserinnen und Leser,

es geht langsam voran bei der Finanztransaktionssteuer. Beim morgigen Ecofin wollen die Finanzminister erneut über das Projekt der elf Eurostaaten beraten. Inzwischen haben auch noch die Niederlande angekündigt, sich dem Vorstoß anzuschließen - vorausgesetzt, Pensionsfonds würden von der Steuer ausgenommen. Bevor die Verhandlungen um solche Details beginnen können, müssen bis Jahresende noch formale Hürden genommen werden.

Derweil kommt auf höchster Ebene Bewegung in die Einnahmenverwendung: Bundeskanzlerin Merkel hat vorgeschlagen, Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer in einen "Solidaritätsfonds" zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den Euro-Krisenstaaten zu leiten. Die Kampagne muss nun hart daran arbeiten, dass Solidarität nicht an den Grenzen Europas Halt macht und Teile der Mittel aus der Finanztransaktionssteuer zur Bekämpfung weltweiter Armut und zum Umwelt- und Klimaschutz verwendet werden.

Mit Forderungen nach einer Finanztransaktionssteuer hat unterdessen die britische Labour-Partei die Parlamentswahlen gewonnen - allerdings nur in einem [Zeitungsplagiat](#) der Financial Times, welches von der britischen "Robin Hood Tax Campaign" für das Jahr 2015 aufgelegt wurde.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Fortgang bei der "Verstärkten Zusammenarbeit"
- Einnahmen für einen Euro-Solidaritätsfonds?
- Kampagnenaktivitäten

### **Entwicklungen im Inland:**

19. Oktober: [FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle](#) möchte keinen Hilfsfonds für andere EU-Krisenländer - erst recht nicht, wenn dieser mit Mitteln aus einer Finanztransaktionssteuer gefüllt würde. Auch [FDP-Generalsekretär Patrick Döring](#) ist gegen diesen Vorschlag.

18. Oktober: In einer Regierungserklärung schlägt [Bundeskanzlerin Merkel](#) einen Fonds zur Unterstützung von Reformen in europäischen Partnerländern vor. Dieser könnte aus einer Finanztransaktionssteuer gespeist werden.

16. Oktober: Laut [Bundeskanzlerin Merkel](#) könnten Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer dazu verwendet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit in der Eurozone anzugleichen.

15. Oktober: "[Steuer gegen Armut](#)" will die Einnahmenverwendung in Zukunft in den Mittelpunkt stellen, so das Credo von der Kampagnenversammlung in Nürnberg.

11. Oktober: [Verbraucherschützer](#) sehen bei Einführung einer Finanztransaktionssteuer keine Nachteile für den Kleinanleger.

11. Oktober: Der [Bezirk Mittelfranken](#) tritt mit Beschluss des Bezirkstags der Kampagne „Steuer gegen Armut“ bei.

10. Oktober: [FDP-Fraktionsvize Volker Wissing](#) versucht sich, als Anwalt der Kleinsparer zu profilieren und fordert im Gegenzug zur Finanztransaktionssteuer einen Ausgleich für diese.

10. Oktober: Haushälter der Union reklamieren laut Reuters die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer für den Bundeshaushalt.

### **Entwicklungen im Ausland:**

31. Oktober: Kehrtwende in den [Niederlanden](#): Nach Koalitionsverhandlungen will die neue Regierung sich der teil-europäischen Finanztransaktionssteuer anschließen, sofern Pensionsfonds ausgenommen würden.

23. Oktober: Die [EU-Kommission](#) legt einen Antrag zur Ermächtigung der Verstärkten Zusammenarbeit vor: Es beständen keine rechtlichen Einwände gegen das Vorhaben.

19. Oktober: Frankreichs Präsident [Francois Hollande](#) will bereits zum 1. Januar 2013 die Finanztransaktionssteuer im Rahmen der "Verstärkten Zusammenarbeit" umgesetzt sehen.

19. Oktober: Der [Europäische Rat](#) nimmt "den Wunsch einiger Mitgliedstaaten zur Kenntnis, eine verstärkte Zusammenarbeit zu einer Finanztransaktionssteuer einzuleiten, den die Kommission zügig prüfen will, damit sie ihren Vorschlag vorlegen kann, sobald die Voraussetzungen erfüllt sind."

18. Oktober: Österreichs Bundeskanzler [Werner Faymann](#) möchte die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer nicht für ein Budget der Eurozone verwenden - und grenzt sich damit von den Vorschlägen von Angela Merkel ab.

16. Oktober: [Polen](#) wird sich vorerst nicht an der "Verstärkten Zusammenarbeit" beteiligen, das Projekt aber aufgeschlossen beobachten, so Finanzminister Jacek Rostowski.

16. Oktober: Bei der [EU-Kommission](#) sind inzwischen die erforderlichen Anträge von neun Staaten zur Aufnahme der "Verstärkten Zusammenarbeit" eingetroffen.

13. Oktober: Der Präsident des [italienischen Bankenverbands](#) Giuseppe Mussari hält eine Finanztransaktionssteuer nicht für schädlich.

11. Oktober: Laut IWF ist die Finanztransaktionssteuer ein Schritt in die richtige Richtung: Der Finanzsektor können damit einen finanziellen Beitrag für die Gesellschaft bringt, so [IWF-Chefin Lagarde](#).

9. Oktober: Beim [Ecofin](#) verkündet Steuerkommissar Semeta, dass elf Staaten den Vorstoß zur "Verstärkten Zusammenarbeit" unterstützen. Sieben hätten dies bereits formell getan, vier weitere hätten es mündlich angekündigt.

9. Oktober: 58 Organisationen der Zivilgesellschaft aus aller Welt appellieren an [Weltbank-Chef Jim Kim](#), eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung und Klimaschutz einzuführen.

8. Oktober: [Italien](#) ist laut Finanzminister Vittorio Grilli offen für eine Finanztransaktionssteuer.

8. Oktober: [Griechenland](#) schließt sich formell dem Vorstoß zur "Verstärkten Zusammenarbeit" an.

8. Oktober: [Spanien und Italien](#) sträuben sich noch, bei der Finanztransaktionssteuer mitzumachen. Doch pokern sie nur?

8. Oktober: Ein aus der Finanztransaktionssteuer gespeister [Eurokrisenfonds](#) findet offenbar Unterstützung in Berlin, London und Brüssel.

5. Oktober: [Portugal und Slowenien](#) schließen sich formell dem Vorstoß zur "Verstärkten Zusammenarbeit" an.

5. Oktober: Die [irische Labour-Party](#) unterstützt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, konnte sich damit in der Regierungskoalition aber bisher nicht durchsetzen. [Finanzminister Noonan](#) möchte lieber die Finanzindustrie schützen.

3. Oktober: Die dänische Wirtschaftsministerin Vestager erklärt, dass sich [Dänemark](#) nicht an der "Verstärkten Zusammenarbeit" beteiligen wolle.

2. Oktober: Der taiwanesischer Finanzminister [Chang Sheng-ford](#) wendet sich dagegen, den Steuersatz auf Future-Finanzgeschäfte zu senken. Eine frühere Senkung hätte keinen Effekt auf das Transaktionsvolumen im Future-Markt gehabt.

1. Oktober: Die [finnischen Regierungsparteien](#) sind sich uneins in der Frage, ob sie sich der "Verstärkten Zusammenarbeit" anschließen sollten. Die Finanzministerin ist dafür, der [Premierminister](#) dagegen

1. Oktober: [Österreich und Belgien](#) schließen sich formell dem Vorstoß zur "Verstärkten Zusammenarbeit" an.

1. Oktober: 62 zivilgesellschaftliche Organisationen werfen dem [UN-Außenamt](#) vor, Falschinformationen über die Umsetzbarkeit der Finanztransaktionssteuer verbreitet zu haben.

## Fortgang bei der Verstärkten Zusammenarbeit

Im Oktober haben elf EU-Staaten bei der Kommission einen Antrag zur Aufnahme einer "Verstärkten Zusammenarbeit" gestellt. Grundlage für die späteren Verhandlungen solle der Richtlinienentwurf der Kommission sein. Die Kommission wird nun "jedoch sorgfältig prüfen, ob wegen der kleineren Anzahl Mitgliedstaaten, die die Steuer anwenden würden, Anpassungen erforderlich sind".

Auch die Niederlande wollen sich inzwischen der Initiative anschließen, so der Koalitionsvertrag der neuen Regierung. Allerdings müssten dafür Pensionsfonds von der Steuer ausgenommen werden.

Die Kommission hat den Anträgen inzwischen formal grünes Licht gegeben: "Die elf Mitgliedstaaten, die im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit eine EU-Finanztransaktionssteuer anwenden wollen, sollten dies tun dürfen, denn alle rechtlichen Voraussetzungen sind erfüllt", so die [Kommission](#). Dieser Schritt kam wenig überraschend.

Als nächstes muss das Europäische Parlament dem Verfahren zustimmen. Dies gilt als ziemlich sicher. Im November soll der Antrag im Ausschuss für Wirtschaft und Währung behandelt werden. Mitte Dezember soll er das Plenum passieren. Anschließend muss noch der Ecofin mit qualifizierter Mehrheit über den Antrag befinden. Enthaltungen haben dabei de facto die gleiche Wirkung wie Gegenstimmen.

Die elf unterstützenden Staaten bringen jedoch nur 175 der benötigten 255 Stimmen auf die Waage. Es ist daher nicht unbedingt beruhigend, wenn Staaten wie Großbritannien lediglich erklärt haben, das Verfahren "nicht blockieren" zu wollen. Erst wenn der Antrag den Ecofin erfolgreich passiert hat, können die offiziellen Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung der Steuer beginnen.

## **Einnahmen für einen Euro-Solidaritätsfonds?**

Bundesregierung und Koalitionsparteien haben eine Zweckbindung der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer bisher abgelehnt: Steuer sollen ganz grundsätzlich nicht zweckgebunden werden. Im Zuge der Verhandlungen um den Fiskalpakt wurde auf Druck von SPD und Grünen die Finanztransaktionssteuer aber neben der Haushaltskonsolidierung auch mit dem Setzen von Wachstumsimpulsen in Verbindung gebracht. An den entsprechenden Kabinettsbeschluss ist die Bundesregierung gebunden.

Anlässlich einer Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 18. und 19. Oktober hat nun Bundeskanzlerin Merkel vorgeschlagen, einen Fonds zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Krisenstaaten einzurichten. Der Fonds könne aus den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer gespeist werden:

*"Deshalb stellen wir uns vor, dass die Mitgliedstaaten zu diesem Zweck verbindliche Reformvereinbarungen mit der europäischen Ebene schließen, denen dann die jeweiligen nationalen Parlamente zustimmen. Dann ist sozusagen die demokratische Legitimierung gegeben, dass ein Nationalstaat sich verpflichtet, bestimmte Dinge umzusetzen. Um dann allen Mitgliedstaaten auch die Möglichkeit zu geben, zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit wirklich in der Lage zu sein, diese Verpflichtungen umzusetzen, schlage ich vor, dass wir ein neues Element der Solidarität einführen, einen Fonds, aus dem zeitlich befristet projektbezogen, also nicht unbestimmt, sondern ganz projektbezogen Gelder in Anspruch genommen werden können.*

(...)

*Ich will ganz deutlich sagen, dass ein solcher Fonds zum Beispiel gespeist werden könnte von den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer. "*

Im Juni hatte sich Merkel in diesem Sinne schon einmal geäußert. Die FDP-Spitze hat sich klar gegen den Vorschlag gewandt. Anfang Oktober hatten Unionshaushälter die Einnahmen aus der Steuer für das nationale Budget reklamiert.

Merkels Vorschlag fügt sich jedoch in laufende Reformvorhaben. EU-Ratspräsident Van Rompuy hat innerhalb seiner Pläne zur Weiterentwicklung der Währungsunion ein eigenes [Eurozonen-Budget](#) vorgeschlagen. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 18./19. Oktober 2012 wurde festgelegt, dass weitere Mechanismen eines integrierten Haushaltsrahmens, einschließlich einer angemessenen Fiskalkapazität, für das Euro-Währungsgebiet sondiert werden. Diese Vorschläge sind jedoch sehr umstritten.

Sollte sich der aus der Finanztransaktionssteuer gespeiste Krisenfonds durchsetzen, dürfte es für die Kampagne erst recht schwierig werden, Mittel zugunsten von Entwicklungshilfe und weltweitem Umwelt- und Klimaschutz abzuzweigen. Im Kontrast zur Bundesregierung hat die französische Regierung erklärt, Einnahmen aus der dieses Jahr eingeführten Finanztransaktionssteuer für Entwicklungshilfe einsetzen zu wollen.

## **Kampagnenaktivitäten**

## **Bilanz- und Strategietagung der Kampagne**

Anlässlich ihres dreijährigen Jubiläums traf sich die Kampagne am 15. und 16. Oktober zu einer Bilanz- und Strategietagung in Nürnberg.

Berichte zum öffentlichen Teil der Tagung finden sich bei [epd](#), [kna](#) und [Nürnberger Nachrichten](#).

Die interne Strategieberatung am zweiten Tag hat die Kampagne in einer [Pressemitteilung](#) kommentiert.

## **Pressemitteilungen**

### **17. Oktober: Die Kampagne Steuer gegen Armut feiert ihren dritten Jahrestag mit einer Bilanz- und Strategietagung.**

In Nürnberg zieht die Kampagne eine positive Bilanz. Sie wird zukünftig die Einnahmenverwendung stärker in den Mittelpunkt rücken und die Einführung der Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit kritisch begleiten.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org) und auf [Facebook](#).

*Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.*